

Neues Gutachten

Windpark Grafenschlag: Droht jetzt "zweites Zwentendorf"?

Gutachten sieht Vergrämung geschützter Vögel durch den Bau und fordert Abschaltzeiten von sechs Monaten. Bürgerinitiativen zeigten jetzt auch noch Projektbetreiberin W.E.B. an. Die sagt: „Bauphase bleibt unberührt.“

Erstellt am 03. Dezember 2021 | 18:15

[Markus Füxl](#)



Der Bau des Windparks Grafenschlag führte laut einem neuen Gutachten zur Vergrämung geschützter Vögel. Jetzt fordern Bürgerbewegungen erneut einen Baustopp und Rückbau der Anlagen.

Foto: APA/IG Waldviertel

Gebaut, aber nie in Betrieb genommen: Das Atomkraftwerk Zwentendorf ist die größte Investitionsruine der Republik Österreich. Dem im Bau befindlichen Windpark Grafenschlag der W.E.B. könnte jetzt ein ähnliches Schicksal drohen. So sieht es zumindest die IG Waldviertel, die sich durch ein neues Amtsgutachten bestätigt fühlt.

Knackpunkt der Geschichte ist eine geschützte Vogelart, der Schwarzstorch. So soll laut IG Waldviertel durch den Bau ein solches Paar vertrieben worden sein, was einem Verstoß gegen das Naturschutzgesetz gleich komme, [die NÖN hat mehrfach berichtet](#).

Vögel durch Lärm vertrieben

Ein von der Bezirkshauptmannschaft in Auftrag gegebenes Amtsgutachten gibt der IG jetzt auf 34 Seiten (teilweise) Recht, das Gutachten liegt der NÖN vor. Darin wird ein dreijähriger Schwarzstorchhorst in 150 Metern Entfernung eines der vier Windräder nachgewiesen.

Außerdem sei es laut Gutachten „naheliegend und höchst wahrscheinlich“, dass dort 2020 Jungvögel geschlüpft sind. Heuer bezogen aber nicht die Schwarzstörche den Horst, sondern ein Mäusebussard. Der Grund: Lärm-, und Störfaktoren im Bereich der Baustelle, sagt das Gutachten.

„Hier ist Gefahr im Verzug, was Naturschutz betrifft“, kritisiert Günther Maier von der Bürgerinitiative „Unsere Heimat“, der das Projekt seit knapp zehn Jahren bekämpft: „Der Lebensraum des Storches ist zerstört worden, das ist ein Fakt.“ Er fordert jetzt eine Notbremse: die sofortige Einstellung der Bauarbeiten, den Rückbau der Anlagen und die Renaturierung des Areals.

Gutachten: Kein Rückbau, aber Stillstand

Dem stimmt das Gutachten nicht zu: Trotz einer Wiederherstellung des früheren Zustandes würde „mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit“ der Schwarzstorch den Horst nicht mehr beziehen. Ein Rückbau könnte mit dem dazugehörigen Lärm eventuell zu einer endgültigen Vertreibung aus dem Revier führen.

Als Auflagen werden von der Amtssachverständigen Abschaltzeiten der Windräder von Anfang März bis Mitte August von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang gefordert. Jeglicher Fahrzeugverkehr für Wartungsarbeiten, Kontrollfahrten und Reparaturen im Areal sollen in dieser Zeit untersagt werden – es bliebe damit nicht mehr viel Zeit für die Stromgewinnung.

W.E.B. will an Bauplan festhalten

Das Gutachten entkräfte laut W.E.B. nicht den Umstand, dass im betroffenen Waldabschnitt keine Brut nachgewiesen sei, heißt es auf NÖN-Nachfrage. So werde in wesentlichen Aussagen lediglich auf die Betriebsphase des Windparks Bezug genommen. Damit ist für die W.E.B. klar: „Die aktuelle Bauphase bleibt davon unberührt. Bisher sind drei Anlagen fertiggestellt, die vierte wird noch im Dezember folgen“, sagt eine Sprecherin.

Trotzdem wolle man sich mit dem Gutachten sorgfältig auseinandersetzen: „So wie bei allen Projekten war es bereits in der Planungsphase und ist es uns nach wie vor ein Anliegen, Naturschutz und Klimaschutz bestmöglich zu verbinden. Und wir sind zuversichtlich, dass dies möglich sein wird.“

Das Verfahren geht auf der Bezirkshauptmannschaft also weiter. Das bestätigt auch Bezirkshauptmann Michael Widermann: „Wir werden das Verfahren weiterführen und uns mit dem Gutachten auseinandersetzen.“

Anzeige gegen W.E.B. eingebracht

Zusätzlich muss die Behörde jetzt auch eine Anzeige prüfen: Manfred Maier, Obmann der Umweltorganisation Pro Thayatal und Günther Maier haben die W.E.B. wegen Verstoßes gegen das Naturschutzgesetz angezeigt, der NÖN liegt das Schreiben vor. Ein Kommentar seitens der W.E.B. dazu bleibt auf Nachfrage aus: „Zur angekündigten Anzeige kann ich deshalb nichts sagen, weil sie uns noch nicht vorliegt“, erklärt eine Sprecherin.